76. Jahrgang. Nr. 405 Sonntag, 28. August 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsschluß: Nachtausgabe Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreise: bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.90 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Botenlohn), durch Postbezug 3.90 Mk. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 15 Pfg., außerhalb Sachsens 20 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Preisaufschlag lt. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Sturm & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1055 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Auch Gayl und Schleicher fahren nach Neudeck

Milliardenprogramm zur Arbeitsbeschaffung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 27. August. Am Sonnabendvormittag fanden in den einzelnen Reichsministerien Referentenbesprechungen statt die der abschließenden Formulierung aller Einzelheiten des am Sonntag vom Kanzler zu verkündenden neuen Wirtschaftsprogramms gelten. Im Anschluß daran wird am Sonnabendnachmittag eine Kabinettssitzung stattfinden, in der die gesamte Materie noch einmal durchgesprochen und dann formal zu Ende geführt wird. Obwohl sich alle amtlichen Stellen einer Verschwiegenheit befleißigen, die fast an Klausur erinnert, glauben wir in der Lage zu sein mit einiger Bestimmtheit heute bereits einige als feststehend zu bezeichnende Gesichtspunkte des neuen Programms mitteilen zu können, das auf dem Wege einer großen Notverordnung wahrscheinlich noch vor dem Zusammentritt des Reichstages in Kraft gesetzt werden soll. Das Wirtschaftsprogramm zerfällt in eine Anzahl von Kapiteln.

Das erste Kapitel befaßt sich mit der Arbeitsbeschaffung, das zweite mit dem Arbeitsdienst, das dritte mit Steuersenkungen, das vierte mit allgemeinen anderen Maßnahmen zur Entlastung der Wirtschaft (Tarifauflockerungen usw.), das fünfte mit Grundlinien für die Handelspolitik.

Im Vordergrund der Erörterungen steht das erste Kapitel über die Arbeitsbeschaffung. Die Reichsregierung hat sich entschlossen, einen großzügigen Plan zu verwirklichen, der weit über die bisher genannten Ziffern hinausgeht und an der Milliardengrenze nicht Halt machen dürfte. Das Finanzierungsproblem ist intern bereits geklärt, und zwar, wie ausdrücklich unterstrichen wird, im vollen Einverständnis mit den Wünschen des Reichsbankpräsidenten.

Die Finanzierungsvorschläge des Deutschen Landgemeindetages, die Präsident Dr. Gereke vor einiger Zeit dem Reichspräsidenten von Hindenburg persönlich vortrug und die auf eine Kreditschaffung von mehreren Milliarden hinauslaufen, haben nicht die Billigung des Reichskabinetts und des Reichsbankpräsidenten gefunden. Man will hier jede Maßnahme vermeiden, die auch nur den Anschein inflatorischer Möglichkeiten erwecken könnte. Nachdem dieser Finanzierungsplan ausgeschieden war, stand die Reichsregierung vor der Frage, entweder auf jedes große Arbeitsbeschaffungsprogramm zu verzichten, oder nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten Umschau zu halten. Es kann heute als sicher gelten,

daß sich die Reichsregierung für eine dreiprozentige Vermögensabgabe — und nicht, wie verschiedentlich gemeldet, eine Zwangsanleihe — entschieden hat.

Wie die Mobilisierung dieser Mittel erfolgen soll, ist noch nicht erkenntlich. Es ist nur so viel in Erfahrung zu bringen, daß die untere Grenze derjenigen Vermögen, die zu einer Abgabe herangezogen werden, mit der Grenze der bisher erhobenen Vermögenssteuer zusammenfällt. Vermögen bis zu 20 000 Mark werden demnach voraussichtlich von der Vermögensabgabe nicht betroffen werden. Ebenso wird die Landwirtschaft, die ja größtenteils vollständig illiquid und hypothekarisch überlastet ist, keine neuen Lasten zu befürchten haben. Auch will man diejenigen Kapitalien, die zur Fortführung und Unterhaltung von Betrieben lebensnotwendig sind, nicht antasten. **Erfaßt soll jenes mobile Kapital werden, das zur Zeit nicht produktiv angelegt ist, und zwar in weitestem Umfange. Es ist auf diesem Gebiete wohl auch mit sehr strengen Durchführungsvorschriften zu rechnen.** Einige Gegenleistungen für die betroffenen Kreise sollen dann nicht unerhebliche Steuersenkungen sein, wobei zum Teil sogar an den Wegfall von Steuerarten gedacht ist, die besonders stark rückläufig sind und zu hohe Verwaltungskosten erfordern.

Nach der Entlastung des Reichsbankstatus ist wohl auch in diesem Zusammenhang mit einer neuen Diskontsenkung zu rechnen.

Daß eine allgemeine Zinssenkung vor allem hinsichtlich der Hypotheken und Pfandbriefe erfolgt, kann als unwahrscheinlich gelten. Auch eine allgemeine Senkung der Mieten um 125 Prozent, von der gerüchtweise verlautet, ist nicht wahrscheinlich.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm wird zu einem großen Teil auch praktisch das Ostprogramm sein. Ein großzügiges Straßenbauprogramm nimmt einen großen Teil innerhalb des Arbeitsbeschaffungsprogramms ein, und es wird damit in erster Linie der Osten berücksichtigt werden. Durch das Straßenbauprogramm sollen gleichzeitig große Gebiete siedlungsreif gemacht werden. Auch die Handelspolitik wird eine Neuordnung erfahren. Das bisher geltende Prinzip der Meistbegünstigung, das schon heute nur noch einen Torso darstellt, wird in ein elastisches System von Kontingenten umgewandelt werden. Dabei wird allerdings auf der anderen Seite betont, daß eine Kontingentierung in einem weitgehenden Sinne, wie sie etwa vom Reichslandbund gefordert wurde, nicht Platz greift.

Man will in der Handelspolitik zwar alles tun, um die Landwirtschaft zu schützen und damit die Voraussetzung für eine Erhaltung des Binnenmarktes schaffen, aber auf der anderen Seite scheut man sich davor, Maßnahmen zu ergreifen, die für den Export allzu schädliche Rückwirkungen haben könnten.

*

Am Sonnabendabend nach Schluß der Kabinettssitzung reist der Reichskanzler in Begleitung von zwei leitenden Herren der Reichsregierung nach Münster, wo er am Sonntagmittag die angekündigte programmatische Rede zu halten gedenkt. Am Sonntagabend begibt sich der Reichskanzler nach Berlin zurück, um am Montagabend in Begleitung des Reichsinnenministers v. Gayl, des Reichswehrministers v. Schleicher und des Staatssekretärs Dr. Meißner seine Reise nach Neudeck zum Besuch beim Reichspräsidenten anzutreten. Die Teilnahme des Verfassungs- und des Wehrministers an diesen Besprechungen läßt darauf schließen,

daß die gesamtinnerpolitische Lage Gegenstand der Neudecker Besprechungen sein wird.

Soweit man erfährt, hat die Ablehnung des Reichspräsidenten gegen alle parteipolitischen Wünsche und Aeußerungen in der letzten Zeit, insbesondere aber nach dem Scheitern der Regierungsverhandlungen mit Hitler, noch zugenommen. Die Pressemeldung, daß der Reichspräsident einen führenden Vertreter der Zentrumspartei demnächst in Neudeck empfangen werde oder bereits empfangen habe, wird schon unter diesen Gesichtspunkten an zuständiger Stelle in Abrede gestellt.

v. Papens Rundfunkrede

Berlin, 27. August. Die mehrfach angekündigte Rundfunkrede, in der Reichskanzler von Papen das Wirtschafts- und Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung bekannt gibt, wird am Sonntagmittag 12 Uhr auf alle deutschen Sender übertragen.

*

Gleichfalls heute, Sonntag, wird als Ausschnitt aus der Goethe-Gedächtnisfeier zu Frankfurt am Main die **Rede des Innenministers Freiherrn von Gayl** als Rundfunksendung geboten werden.

Hochspannung

Noch nie in der so wechselreichen parlamentarischen Geschichte Deutschlands ist ein Reichstag unter so eigenartigen Umständen zusammengetreten, wie es bei dem vor vier Wochen gewählten der Fall sein wird. Er gilt in der Oeffentlichkeit schon als tot, bevor er richtig ins Leben getreten ist, und sonderbarerweise hat sich eigentlich schon alles damit abgefunden. Als einzig sichtbarer Grund für die Aussichtslosigkeit jeder Zusammenarbeit zwischen der Regierung und diesem Reichstag ist nur der Umstand zu sehen, daß aus den Regierungsverhandlungen zwischen Hindenburg, Papen und Hitler auf den ersten Anhieb kein Ergebnis zustande kam. Anstatt daß sich die bestimmenden Faktoren dann in Ruhe überlegt hätten, wie man doch noch die für eine gedeihliche Aufbauarbeit unentbehrliche Zusammenarbeit der Präsidialregierung mit der größten Volksbewegung herstellen könne, die der Sinn der Wahl war, haben sie sich in den letzten vierzehn Tagen nur noch weiter auseinandergeredet. Dann hat in die gewitterschwüle Lage von Neudeck her der Blitz der fünf Todesurteile eingeschlagen und bis zur befriedigenden Erledigung dieses Falles durch die neuerliche Aufpeitschung der politischen Leidenschaften die letzten Möglichkeiten des Brückenschlagens zerstört.

In dieser unseligen Zersplitterung aller nationalen Kräfte, deren bestes Wollen für das deutsche Vaterland außer Zweifel steht und in deren früherer oder späterer Zusammenfassung allein die Hoffnung des Wiederaufstieges liegt — wenn es auch heute nicht danach aussieht —, in dieser Atmosphäre von Unsicherheit und qualvoller Spannung ist es der einzige Trost, daß sogar die nationale Uneinigkeit, das Erbübel des deutschen Nationalismus, der marxistischen Linken nicht mehr zum Triumph verhelfen kann. Wohl freuen sich die Roten aller Schattierungen am Anblick der Streitigkeiten unter ihren nationalen Ueberwindern, aber trotzdem ist gar keine Rede davon, daß sie sich diese zunutze machen und ihr Regiment über Deutschland wieder aufrichten könnten.

Der Kurs geht unwiderruflich nach rechts. Umstritten ist nur die Frage, ob nach der als sicher angenommenen Reichstagsauflösung der gerade Weg der Verfassung eingehalten wird durch Ausschreibung von Neuwahlen innerhalb von sechzig Tagen oder ob die Präsidialregierung die Wahlmaschine vorläufig ausschaltet und den notwendigen Umbau des Staates ohne das Parlament besorgt. Wohlgemerkt, nach keiner Richtung hin liegen bisher Beschlüsse der Regierung vor. Alle die aufgeregten Auseinandersetzungen über den angeblich geplanten „Verfassungsbruch", den „Staatsstreich" und die „Revolution von oben" werden vorläufig nur aus Mutmaßungen einiger Zeitungen gespeist, von denen man annimmt, daß sie über die Absichten der Regierung besonders gut unterrichtet sind, bei denen aber ebensogut auch der Wunsch der Vater des Gedankens sein kann. Vieles von diesen Gerüchten mag Theaterdonner sein, der die ausschlaggebenden Oppositionsparteien einschüchtern und doch noch zur sachlichen Prüfung des Arbeitsprogrammes bewegen soll, das der Reichskanzler am Sonntag über den Rundfunk verkündet. Trotz der Bestimmtheit, mit der überall von Auflösung und Ausschaltung des Parlaments gesprochen wird, ist es vielleicht richtiger, die nächste politische und parlamentarische Entwicklung mit mehr Ruhe zu beurteilen und sich von der Ueberhitzung der Berliner Zentrale fernzuhalten, die sich in letzter Zeit mehr durch politischen Dilettantismus, als durch überragende Staatsklugheit ausgezeichnet hat. Es gibt nämlich auch noch andere Möglichkeiten für die Lösung der inneren Krise, und es ist nach wie vor höchst unwahrscheinlich, daß der Reichspräsident, der auch in diesem Falle das letzte Wort zu sprechen hat, seine Zustimmung zu einer Konfliktspolitik gibt, von der er weiß, daß sie ihn in Gewissensnöte wegen seines Verfassungseides bringt, von der aber weder er noch sonst jemand weiß, wohin sie schließlich führt. Ganz gewiß gilt für die heutige Lage mehr denn je das vom Reichspräsidenten Ebert stammende Wort, daß Staat und Volk nicht an Verfassungsformeln zugrunde gehen dürfen. Ein Notstand, der den Verfassungsumbau so oder so akut werden läßt, ist zweifellos vorhanden. Und auch darüber herrscht weitgehende Uebereinstimmung, daß es wichtiger ist, den Staat und das Volk durch rettende Taten aus der Not zu befreien, als jeden Paragraphen der Verfassung peinlich genau einzuhalten.

In der Erörterung dieser Gedanken wird häufig die Erinnerung an Bismarcks erfolgreiche Konfliktspolitik gegen das Preußenparlament heraufbeschworen. Gerade der Name Bismarck ruft aber den Zweifel hervor, ob die Männer, welche die Konfliktspolitik von 1862 unter Umständen im Jahre 1932 wiederholen sollen, von seinem Format und damit befähigt sind, sie ohne Wanken bis zum guten Ende durchzuhalten. Noch dazu in einem aufs höchste politisierten Volke, von dem neun Zehntel einer Militärdiktatur — denn nichts anderes könnte ein derartiges Experiment werden — aktiven Widerstand entgegenzusetzen entschlossen sind. Im Echo der Parteipresse zeichnen sich ja die Fronten, die sich bilden würden, schon deutlich ab. Am schärfsten ist dabei die Sprache des Zentrums, das sich zu offenen Drohungen versteigt, die nach Gewaltanwendung und Auf-

Arbeitsbeschaffung durch die Reichsbahn

Eine Eingabe des Langnamvereins

Düsseldorf, 27. August. Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen (Langnamverein) hat, wie er mitteilt, bei den zuständigen Reichs- und Staatsministerien, sowie bei der Reichsbahnhauptverwaltung erneut dringende Vorstellungen über die Notwendigkeit erhoben, Reichsbahnarbeiten und Aufträge in das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reiches einzubeziehen. Durch die seit Anfang April ds. Js. festzustellende

einschneidende Auftragsdrosselung der Reichsbahn

habe sich die ohnehin bedrängte Lage sowohl der eisenschaffenden, als auch der eisenverarbeitenden Industrie in einem Maße zugespitzt, das zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß gebe. Es handle sich um wirklich produktive Aufwendungen, da mit verhältnismäßig geringen Kosten ein hoher Nutzaufwand erzielt werde, Tausende von Arbeitskräften wieder eingestellt werden könnten und brachliegende Stoffe aktiviert würden. Darüber hinaus sollte aber auch die Frage einer eingehenden Prüfung unterzogen werden, ob nicht wenigstens in bescheidenem Umfange auch Mittel für eine zusätzliche Auftragsvergebung freigemacht werden können. Die dringende Gegenwartsnot der breiten Schichten reichsbahnabhängiger Industrien lasse, nicht zuletzt im Hinblick auf die schlüsselartige Stellung dieser Gruppe im gesamtwirtschaftlichen Interesse, die Prüfung einer Uebernahme von Risiken gerechtfertigt erscheinen, die vielleicht sonst größerer Zurückhaltung begegnen würde. Eine solche Maßnahme würde aber auch insofern bis zu einem gewissen Grade im eigenen kaufmännischen Interesse der Reichsbahn liegen, als der gegenwärtig

ungewöhnlich niedrige Preisstand der Bedarfsstoffe

auch Käufe rechtfertigt, die unter günstigeren Zeitumständen vielleicht erst nach und nach hätten getätigt werden können. Angeregt wird in der Eingabe unter anderem eine beschleunigte Vergebung von Ausbesserungsarbeiten für die etwa 60 000 Einheiten umfassenden reparaturbedürftigen Fahrzeuge und in gewissem Umfange auch die Vergebung von Neubestellungen.

Londoner Kabinettsrat über Ottawa

London, 27. August. Das Kabinett ist heute zusammengetreten, um die Ergebnisse der Konferenz in Ottawa durchzusprechen. An dieser Beratung nehmen nur der Kriegsminister, der Kolonialminister und der Handelsminister nicht teil, da sie aus Ottawa noch nicht zurückgekehrt sind.

SLUB
Wir führen Wissen.